

Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine
Herausgeber: Schweizer Heimatschutz
Band: 74 (1979)
Heft: 4-de

Artikel: "Die Demokratie muss erlebt werden"
Autor: Ritschard, Willi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-174833>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Demokratie muss erlebt werden»

In den letzten Jahrzehnten ist der Staat uns allen näher an die Haut gerückt. Vielen ist er unter die Haut geraten. Unser Wohlstand und der uneingeschränkte Nutzen, den wir daraus ziehen wollen, zwingen den Staat vor allem zu technischen Massnahmen. Er muss Kehricht verbrennen, Abwasser reinigen, Verkehrswege bauen, Kraftwerke, Hochspannungsleitungen bewilligen, und dann eben auch Waffenplätze, um allfällige Neider abzuhalten.

So begegnet uns der Staat als Veränderer, oft auch als Störer und als Zerstörer. Deshalb steigern wir uns allmählich in ein Unbehagen hinein vor der technischen Ausrüstung unseres Landes, vor der Infrastruktur. Das ist sicher ein ehrliches Unbehagen. Aber es ist trotzdem nicht zu Ende gedacht. Jeder will zwar die Infrastrukturen aller Art für sich geniessen und ausnützen, aber keiner will sie bei sich haben.

*

Es gibt Gemeinden und Quartiere, die wollen kein Behindertenheim und keine Drogenklinik haben. Deshalb wird neuerdings im Zeichen der «Demokratisierung» die Regionalabstimmung gefordert und praktiziert, und zwar auch für Werke, auf die wir im nationalen Interesse nicht verzichten können. Eine solche Demokratisierung – das Diktat von Minderheiten – macht dann den Egoismus zur Staatsraison.

*

Die Grenzen der Demokratie, der Volksherrschaft – das ist meine Überzeugung – liegen da, wo die Bereitschaft aufhört, etwas zu dulden, das andern Vorteile verschafft. Wir leben so dicht ineinander und sind so hoch mechanisiert, dass Geniessen und Dulden sich nicht mehr trennen lassen. Wenn wir nicht mehr zum Dulden bereit oder fähig sind, müssen wir uns über die Verzichte einigen. Das ist aber nur im nationalen Gespräch möglich, wenn es nationale Interessen berührt. Darin liegt das Verführerische an der demokratischen Regionalisierung: Sie will die eidgenössische Solidarität künftig auf den Genuss der Vorteile beschränken.

*

Der Föderalismus ist früher gelegentlich verspottet worden. Er war ein Thema für Karikaturisten und für das Kabarett. Und wenn Föderalismus mit Engstirnigkeit, Eigenbrötlerei mit rückständigem Denken verwechselt wird, ist Spott auch berechtigt. Aber es gibt Leute, die davon ausgehen, dass es im Zeitalter der Integration, in der modernen Industriegesellschaft, und unter dem Einfluss der Massenmedien überhaupt, keine regionalen Unterschiede mehr gebe. Sie haben aber nicht recht. Wenn wir je einmal unsere föderalistische Struktur aufgegeben hätten, müssten wir heute mühsam den Weg zurück suchen.

*

Es ist nicht wahr, und ich lasse das trotz der häufig recht schwachen Stimmbeteiligung nicht gelten, dass der Bürger Abschied genommen hat vom Staat und von den öffentlichen Belangen. Er ist interessiert. Aber er will die Früchte seiner Entscheide reifen sehen. An den Entscheiden in der Gemeinde ist dieser gleiche Bürger direkter beteiligt. Was hier heute beschlossen wird, ist morgen so. Der Bürger sieht, dass sein Ja einen Sinn hatte und auch das Nein wird besser verkräftet. Fast nur in der Gemeinde-Demokratie können Minderheiten Vertrauen in den Staat bekommen. Eine Gemeindebehörde verwaltet deshalb mehr als ein Budget. Sie ist auch für demokratische Gesinnung und für den demokratischen Geist im Lande ganz wesentlich mitverantwortlich.

*

In der Politik der Gemeinde muss konkretes Politisieren, echter Pragmatismus, noch möglich sein. Wenn es der Bürger hier in Euren Gemeinden nicht erlebt – dann wird er Demokratie überhaupt nirgends mehr direkt erleben können. Nur die kleine Gemeinschaft ist fähig, dem Bürger den Sinn für das Zusammenleben in der grösseren Gemeinschaft zu lehren. Und Demokratie muss erlebt werden. Nur wenn sie erlebt wird, kann sie auch gelebt werden!

Bundesrat Willi Ritschard,
aus einer Rede vor dem
Schweizerischen Gemeindeverband